

Mauretanien: Transitland für MigrantInnen oder Hilfspolizist der EU?

Bericht über eine Veranstaltung mit Amadou M'Bow von der AMDH
(mauretanische Menschenrechtsvereinigung)
am 25.1.07 in Hamburg

Der Flüchtlingsrat Hamburg lud am 25.1.07 zu einer Veranstaltung zur EU-Migrationspolitik gegenüber Afrika ein unter dem Titel „Mauretanien: Transitland für MigrantInnen oder Hilfspolizist der EU?“. Der Referent, Amadou M'Bow von der mauretanischen Menschenrechtsvereinigung AMDH, war einer der mehr als 150 TeilnehmerInnen von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen aus Europa, Nord- und Subsahara-Afrika auf der Euro-afrikanischen NGO-Konferenz „Migrationen, Grundrechte und Bewegungsfreiheit“ am 30.6./1.7.06 bei Rabat / Marokko, an der ich als Vertreterin von Pro Asyl teilnahm. In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Hofgeismar, anderen Flüchtlingsräten und Gruppen, die zu Flucht, Migration und G8 arbeiten, organisierten wir eine zweiwöchige Rundreise mit dem Referenten mit Veranstaltungen an sieben Orten.

Im **Einleitungsbeitrag** der Veranstaltung in Hamburg wurde ein kurzer Überblick über die EU-Migrationspolitik in Bezug auf Afrika, den Widerstand dagegen, Bezüge zu Deutschland und zur Hamburger Abschiebepolitik gegeben:

Anlass der erwähnten NGO-Konferenz in Rabat war die erste **Euro-afrikanische Regierungskonferenz zu Migration und Entwicklung**, die am 10./11.7.06, von Protesten begleitet, ebenfalls in **Rabat** stattfand. Eine zweite solche Konferenz fand im November 2006 in **Tripolis/Libyen** statt. Thema auf beiden Konferenzen war der Ausbau des europäischen Grenz- und Migrationsregimes unter Einbeziehung der Transit- und Herkunftstaaten: Verstärkung der Grenzpatrouillen, v.a. mit Hilfe der EU-Grenzschutzagentur Frontex, Rückübernahmeabkommen, aber nicht zuletzt auf Druck der Herkunftsländer auch Vorschläge für eine sogenannte „zirkuläre Migration“ (=deutsches Gastarbeitermodell). Spanien hat gerade 73 SenegalesInnen als Reinigungsarbeitskräfte einreisen lassen – als „Gegenleistung“ für Rückübernahmeabkommen.

Gegenpositionen gegen dieses europäische Migrationsregime gab es auf transnationaler Ebene bereits auf dem **Polyzentrischen Weltsozialforum im Januar 2006 in Bamako**, wo zur Schaffung eines internationalen Netzes für die Rechte aller MigrantInnen, für die Schließung der Lager und Bewegungsfreiheit aller Menschen aufgerufen wurde. Die **Rabat-Konferenz** lehnte in ihrem Manifest die Aufteilung der Menschen in diejenigen, die sich frei auf dem Planeten bewegen können und diejenigen, denen das verboten ist, ab und sieht Bewegungsfreiheit als Bedingung für die Wahrnehmung anderer Grundrechte (Bericht über die Konferenz auf www.fluechtlingsrat-hamburg.de unter dem 30.6.06).

Ein **Aufruf des Europäischen Sozialforums (Athen, Mai 2006) zu einem transnationalen Aktionstag am 7.10.06** mit diesen und weiteren Forderungen wurde von mehr als 25 afrikanischen Organisationen unterschrieben, und in vier afrikanischen Ländern fanden an diesem Tag Aktionen statt (Benin, Mali, Marokko, Mauretanien – Näheres dazu im zweiten newsletter „crossing borders“ auf www.noborder.org).

Mauretanien kam auch in Deutschland in die Schlagzeilen, nachdem **Marokko** nach den Ereignissen am Zaun der spanischen Enklaven **Ceuta und Melilla** im Oktober 2005 seine Grenzsicherung verstärkt hatte. Tausende von Bootsflüchtlingen versuchen seitdem, auf der wesentlich weiteren und riskanteren Route von Mauretanien auf die Kanarischen Inseln zu gelangen. Die EU bot der mauretanischen Regierung Geld für gemeinsame **Küstenpatrouillen mit Frontex, den Bau von Internierungslagern und Abschiebungen**. 6-7000 Tote im Atlantik auf dem Weg zu den Kanaren, aber auch 31.000 dort angekommene MigrantInnen meldeten die Medien Ende 2006.

Wie **Marokko** mit mehreren Tausend MigrantInnen umgeht, die nach wie vor im Land sind, zeigen die Razzien und Abschiebungen, die dort seit dem 23.12.06 stattfinden, aber zahlreiche Organisationen versuchen, Widerstand dagegen aufzubauen.

Bundesaußenminister Steinmeier besuchte Mitte November vier nordafrikanische Staaten, darunter auch Mauretanien. Wichtig für uns in Deutschland ist nicht zuletzt die **Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Deutschland** für das erste Halbjahr 2007 und die erste informelle **EU-Innenministerkonferenz** Mitte Januar in Dresden: Dort wurde an die EU-Mitgliedstaaten appelliert, **Frontex** besser auszustatten und die Kooperation mit Herkunfts- und Transitstaaten zu verbessern, u.a. durch **Rückübernahmeverträge**, damit Abschiebungen unerwünschter Flüchtlinge und MigrantInnen möglich werden.

Ein Beispiel, wie Abschiebungen in afrikanische Länder aus Hamburg ablaufen, ist **Guinea**, wo gerade nach einem Generalstreik und Massendemonstrationen mindestens sechzig Menschen erschossen und die gesamte Gewerkschaftsführung festgenommen wurden.

Amadou M'Bows Beitrag gliederte sich in vier Teile:

- I.** Kurze Vorstellung des **Lands Mauretanien** und der **Organisation AMDH**
- II.** Überblick über die **Situation der MigrantInnen und Flüchtlinge** und die **Konsequenzen der EU-Grenzpolitik**
- III.** **Widerstand gegen diese Politik und dessen Bedingungen**
- IV.** **Forderungen, Perspektiven und Aktivitäten** afrikanischer Organisationen und die Möglichkeiten einer **transnationalen Zusammenarbeit**, z.B. auch im Hinblick auf das heute zuende gegangene **WSF in Nairobi** und den Anfang Juni in Heiligendamm stattfindenden **G8-Gipfel**.

Zu I:

Mauretanien hat eine Bevölkerung von ca. 3 Millionen auf ca. 1,03 Mio. qkm Fläche. Es grenzt im Norden an die Westsahara (Marokko) und Algerien, im Osten an Mali und im Süden an Senegal. Es hat 720 km Atlantikküste mit reichen Fischvorkommen, was zu vielen Abkommen mit EU-Ländern führte. Wesentliche Rohstoffe sind Eisen und Öl, das seit Februar 2006 vor der Küste und inzwischen auch im Land entdeckt wurde. Die Bevölkerung besteht aus zwei großen Gruppen: den arabisch-berberischen Mauren und schwarzen Afrikanern, vor allem im Süden. Mauretanien ist eine Islamische Republik, und die EinwohnerInnen sind zu nahezu 100% Moslems. Am 3.8.2005 fand ein Militärputsch statt, der zum Einfrieren aller EU-Hilfsprogramme und Ausschluss aus der AU führte. Inzwischen gibt es eine Übergangsregierung und seit November 2006 finden verschiedene Wahlen statt, deren Abschluss die Präsidentschaftswahl am 11.3.07 bildet.

Die AMDH (Association Mauritanienne des Droits de l'Homme = mauretanische Menschenrechtsvereinigung), deren Generalsekretär Amadou M'Bow ist, wurde im Juni 1991 gegründet von damals 39 Mitgliedern (inzwischen sind es ca. 400). Kontext der Gründung waren schwere Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Problemen der mauretanischen Regierung mit dem Senegal. 180.000 schwarze MauretanierInnen wurden im Jahr 1990 in den Senegal abgeschoben. Wegen eines angeblichen Putschversuchs wurden zahlreiche schwarze Armeeeingehörige festgenommen und 503 von ihnen ohne Gerichtsurteil getötet. Von 18 RechtsanwältInnen, die das Komitee der Witwen der Hingerichteten unterstützten, überlebten nur zwei. Die AMDH arbeitete 14 Jahre lang unter größten Schwierigkeiten ohne staatliche Anerkennung, ihre Mitglieder lernten Gefängnis und Folter kennen, und nur auf Druck internationaler Organisationen wie amnesty international und Anti-Folter-Organisationen gelang deren Freilassung und im Juni 2005 die Anerkennung der AMDH durch die Regierung.

Zu II:

Nachdem Marokko (und auch Algerien) nach den Ereignissen in Ceuta und Melilla im Oktober 2005 seine Grenzen geschlossen hatte, wurde Mauretanien zunehmend zu einem **Transitland für MigrantInnen**, vor allem aus Subsahara-Afrika (viele aus Senegal, Gambia, Guinea, einige aus Togo und anderen Ländern). Sie versuchen, von Hafenstädten wie Nouadhibou, inzwischen auch von kleinen Fischerorten, in Booten auf die Kanarischen Inseln zu gelangen. Auch früher gab es schon Transitmigration über die mauretanische Küste, aber diese lief vor allem über große Fischfangschiffe, deren Kapitäne MigrantInnen Richtung EU mitnahmen. Dies wurde inzwischen so gut wie unmöglich gemacht.

Die mauretanische Bevölkerung und auch die AMDH wurden auf die veränderten Migrationsrouten aufmerksam, weil immer mehr **Leichen an den Stränden und in den Häfen** von Nouakchott und Nouadhibou gefunden wurden. Zunächst gab es Gerüchte, dass chinesische Schiffsbesatzungen afrikanische Matrosen umbringen und über Bord werfen. Menschenrechtsorganisationen forderten eine Untersuchung von der Regierung, in der dieses Gerücht widerlegt wurde. Außerdem wurde bekannt, dass in Nouadhibou viele **Subsahara-Afrikaner festgenommen** wurden. Die AMDH war alarmiert, da Festnahme immer Misshandlung und Folter bedeutete, erfuhr aber, dass es sich nicht um politische Verfolgung handelte, sondern um Leute, die nach Europa wollten, was verboten sei. Die AMDH kontaktierte den Innenminister aufgrund von Meldungen, in Nouadhibou werde ein Zentrum zur Internierung dieser MigrantInnen gebaut. Die AMDH verurteilte in einem Brief den Bau dieses **Internierungslagers** und bekam darauf von der Regierung die Auskunft, es gebe kein solches Lager. Nach vielen Nachfragen erfuhren sie schließlich, dass das Zentrum existiere und eine Kapazität von 240 Personen habe (später wurde noch ein zweites Lager bekannt mit einer ähnlichen Kapazität). Kenntnis von den Lagern erhielt die AMDH durch Überlebende eines gekenterten Boots, von denen sich 20 retten konnten. Sie wurden festgenommen und in die Lager gebracht. Die 5 Toten wurden von einem Freund der AMDH, der ein Handy mit Kamera hatte, in einem Krankenhaus entdeckt, und aufgrund der Filmaufnahmen verlangte die AMDH Aufklärung von den Behörden. Die Regierung behauptete wieder, sie wisse nichts davon, später erklärte sie, es sei nicht erlaubt, von Mauretanien aus nach Spanien zu fahren, deshalb würden die Leute festgenommen.

Im März 2006 nahm die Zahl der Bootsflüchtlinge zu und im gleichen Maß der Druck Spaniens und der EU auf die mauretanische Regierung, der aufgrund des Militärputsches von der Weltbank

sämtliche Kredite gesperrt worden waren. Mauretanien sollte dazu gebracht werden, durch gemeinsame Patrouillen mit der EU-Grenzschutzagentur **Frontex** Gendarm für Europa zu spielen und als Gegenleistung wieder Kredite und Hilfsleistungen bekommen. Hubschrauber und Überwachungstechnik wurden geliefert. Im Jahr 2006 kam **spanische Guardia Civil** (Spezialpolizei) nach Nouadhibou.

Die AMDH nutzte diese Tatsache, um die mauretanische Regierung daran zu erinnern, dass Mauretanien ein souveränes Land ist. Die Aktivitäten der AMDH und anderer Organisationen verursachten so viel Wirbel, dass die Guardia Civil das Land verließ. Bis September 2006 waren ca. 700 MigrantInnen in den Lagern in Nouadhibou. Als Amadou M'Bow sie am 19. Oktober (im Rahmen der Aktivitäten zum transnationalen Aktionstag) besuchte, waren beide Lager leer. Es wird jedoch befürchtet, dass die Behörden einfach ihre Strategie geändert haben und die festgenommenen MigrantInnen nach Identifizierung heimlich zur Grenze des Senegals und Malis transportieren und **abschieben**. Dies ist rechtswidrig, denn Menschen aus dem Senegal und aus Mali benötigen für Mauretanien kein Visum und dürfen deshalb, wenn sie kein Verbrechen begangen haben, nicht abgeschoben werden. Die AMDH prangerte dies bei der Regierung an. Inzwischen haben sich die Abschiebungen verlangsamt, und die AMDH hat den Eindruck, dass die Regierung noch keine neue Strategie hat zum Umgang mit Flüchtlingen und MigrantInnen. In Mauretanien gibt es zurzeit 214 **Flüchtlinge mit UNHCR-Papieren**, vor allem aus Sierra Leone, Guinea, der Elfenbeinküste und Togo. Sie haben keine Probleme mit dem Staat und können, anders als in Marokko, im informellen Sektor arbeiten und (ähnlich wie TransitmigrantInnen) in Stadtvierteln und Küstenorten mit überwiegend schwarzer Bevölkerung relativ unbehelligt wohnen. Probleme gibt es allerdings mit dem UNHCR, der den Flüchtlingen nur eine Unterstützung von ca. 7 Euro im Monat zahlt, was angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in Mauretanien bei weitem nicht ausreicht. Deshalb wurde zum UNHCR in Genf Kontakt aufgenommen. Es gibt außerdem Gerüchte, dass die Frau des UNHCR-Vertreters in Nouakchott ein Zentrum betreibt, in dem Flüchtlingsfrauen schneidern, färben u.ä., ohne dafür Lohn bezahlt zu bekommen. Die AMDH sprach die UNHCR-Vertretung darauf an, aber der Vorwurf wurde abgestritten.

Zu III:

In vielen Fällen ist die **Arbeitsweise der AMDH** so, dass Gerüchten und Informationen nachgegangen wird und dann die Verantwortlichen (meist in schriftlicher Form) damit konfrontiert und befragt werden. Wenn sie nicht antworten, werden sie nochmals angeschrieben, gleichzeitig werden Informationen oft öffentlich gemacht.

Die AMDH erhält ihre **finanziellen Mittel** überwiegend von ihren Mitgliedern sowie ab und zu von internationalen Menschenrechtsorganisationen und dem UNHCR, der z.B. ab und zu Reisen finanziert. Staatliche Unterstützung hat die AMDH nie erbeten, weil sie unabhängig sein will. Die Präsidentin der AMDH, Fatimata M'baye, nahm am **Weltsozialforum in Bamako** teil, und Amadou M'Bow war auf der erwähnten **Konferenz in Rabat**. Seine Aufgabe war vor allem, die dort beschlossene Resolution z.B. durch Pressekonferenzen auf nationaler Ebene zu verbreiten und auch (stellvertretend für die EU) an die Botschaften Spaniens und Frankreichs zu übergeben. Am **transnationalen Migrationsaktionstag am 7.10.06**, von dem die AMDH dank Internet-Austausch erfuhr, konnten durch eine Spende aus Hamburg eine Serie von Veranstaltungen, Pressekonferenzen und ein Tag der offenen Tür von Flüchtlingen und MigrantInnen in Nouakchott und Nouadhibou stattfinden.

Zu IV:

Die Forderungen der AMDH stehen im Rahmen der Resolutionen der erwähnten Konferenzen, die auch auf dem gerade zuende gegangenen Weltsozialforum in Nairobi eingebracht wurden: Es geht um eine Welt mit **Bewegungsfreiheit für alle**, in der die **Rechte der Menschen respektiert** werden. Die AMDH kämpft gegen Menschenrechtsverletzungen in Mauretanien und ist solidarisch mit allen Bewegungen **für eine andere Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung**, im afrikanischen Kontext und darüber hinaus. Als konkrete Beispiele wurden die Unterstützung eines Türken gegen seine Abschiebung aus den Niederlanden und eines Mauretaniers, der angeblich Al Queida-Mitglied sei (was sich als falsch erwies) und nach seiner Abschiebung verhaftet und gefoltert wurde, genannt.

Die AMDH protestierte auch **gegen die Razzien und Abschiebungen** seit dem 23.12.06 aus **Marokko**, das ja (ähnlich wie die mauretanische Regierung) Konventionen gegen Folter und zum Schutz von Flüchtlingen unterschrieben hat, sie aber in der Realität mit Füßen tritt. Auch in Deutschland geht es um die Unterstützung des Widerstands gegen Abschiebungen, aktuell z.B. nach **Guinea** sowie fast alle Staaten Westafrikas, in denen Militärregierungen, Bürgerkriege und wirtschaftliches Chaos die Regel sind.

Die **Grenzen in der globalisierten Welt sind überall durchlässig**, und auch Mauretanien ist gar nicht in der Lage, Gendarm für Europa zu spielen. Amadou M'Bow wünscht sich Unterstützung im Kampf gegen diese Politik und einen **Austausch** und eine **Partnerschaft** mit Organisationen in aller Welt, die in die gleiche Richtung kämpfen.

In der anschließenden **Diskussion** ging es u.a. um **Rassismuvorwürfe der Regierung gegenüber der AMDH**, da z.B. das Komitee zur Verteidigung der Witwen der hingerichteten

Militärs nur aus Schwarzen bestand. Als Reaktion darauf schickte die AMDH zu einer Menschenrechtskonferenz eine rein weiße Delegation, die dieselben Forderungen vertrat – als Beleg für ihren Glauben an das Ideal eines multikulturellen Mauretaniens.

Auf die Frage nach der **Stimmung in der Bevölkerung gegenüber MigrantInnen** antwortete Amadou M'Bow, dass dies sehr unterschiedlich ist. Es gibt zum einen gut organisierte Banden, die die Situation der MigrantInnen ausnutzen und viel Geld von ihnen verlangen (bis zu 2000 Euro) mit dem Versprechen, sie nach Europa zu bringen. Einige denunzieren die MigrantInnen danach bei der Polizei. Andere verschwinden einfach. Und einige helfen ihnen in Boote, überlassen sie dann aber ihrem Schicksal. Ansonsten gibt es Menschen, die sich nicht für die MigrantInnen interessieren, da sie genug Probleme mit dem eigenen Überleben haben. Andere haben Mitleid mit denen, die ihr ganzes Geld verloren haben und verschaffen ihnen Jobs, Unterkunft etc., meist in den von Schwarzen bewohnten Vierteln, in denen schon seit Jahrhunderten auch Menschen aus anderen afrikanischen Ländern leben und arbeiten. Ein neues Phänomen ist, dass sich inzwischen unter jungen mauretanischen Fischern, die früher nie ihr Land verlassen wollten, das Gerücht verbreitet, in Europa könne man schnell reich werden, und sie suchen nach Wegen zur Migration. Es ist schwer, ihnen die reale Situation in Europa zu vermitteln.

Besuche von Außenminister Steinmeier, der früher einmal Botschafter in Mauretanien war, fanden im März und im November 2006 statt und standen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen. Tatsächlich gab Steinmeier auch Geld an Menschenrechtsorganisationen, von denen 17 in einem Dachverband organisiert sind. Sie erhielten ca. 10.000 Euro, um ihr Büro mit Tischen, Stühlen und Geräten auszustatten sowie für Infomaterial. Laut Presseinformationen erhielt die mauretanische Regierung von Deutschland 30 Millionen Euro für einen von den UN verwalteten Fonds zur Organisation der Wahlen und deren Beobachtung. Um Migration ging es direkt nicht, aber deutlich sind zum einen wirtschaftliche Interessen Deutschlands, z.B. an der Erneuerung von Fischfangabkommen mit Mauretanien sowie an dem entdeckten Öl und Gas. Auf diesem Hintergrund hat die EU Interesse an einem stabilen Mauretanien. Außerdem dient es auch der Legitimierung von Abkommen zur Migrationskontrolle, wenn diese mit einer „Demokratie“ statt mit einer Diktatur verhandelt werden.

Zu konkreten **Vorstellungen und Wünschen bezüglich einer Zusammenarbeit** nannte Amadou M'Bow den **G8-Gipfel** im Juni 2006 in Heiligendamm: Viele Organisationen aus Afrika möchten gern bei den Protesten dabei sein, aber ihnen fehlen Visa und Geld für die Reise. Aus diesem Grund konnten viele auch nicht zum Weltsozialforum nach Nairobi kommen. Selbst wenn entsprechende Organisationen in Deutschland nicht reich sind, könnten sie doch eher an bestimmte Gelder dafür gelangen und – wie z.B. am 7.10. die Fahrt von Nouakchott nach Nouadhibou – **Reisen afrikanischer AktivistInnen ermöglichen**, und seien sie auch nur innerhalb ihrer Region, um z.B. parallel zum G8 dort Aktionen zu organisieren. Wichtig ist auch, **Infomaterial auszutauschen** sowie **technische Geräte** (Kameras, PCs etc.) zur Verfügung zu stellen. Die nach der Rabat-Konferenz eingerichtete **mailing-Liste** erfüllt inzwischen eine wichtige Funktion für den Austausch von Informationen, Ideen und die Planung von Aktivitäten. Eine ähnliche Funktion soll der **transnationale newsletter** „crossing borders“ erfüllen, der in über 10 Sprachen auf www.noborder.org zu finden ist und zu bestimmten Anlässen (7.10., WSF Nairobi, G8...) weltweit verbreitet wird.

Die Hamburger Veranstaltung war mit knapp 35 TeilnehmerInnen zwar nicht gerade massenhaft besucht, aber die Anwesenden gingen alle mit vielen neuen Informationen und Denkanstößen nach Hause. Zwischen den VeranstalterInnen der Rundreise und mit ihnen kooperierenden Gruppen wird über die weitere Zusammenarbeit mit Organisationen aus Transit- und Herkunftsländern von MigrantInnen diskutiert und konkrete Einladungen, z.B. zu den Aktivitäten gegen den G8-Gipfel, sind in Vorbereitung.

Conni Gunßer, Flüchtlingsrat Hamburg